

Fünfundzwanzig Jahre Baden-Württemberg

Baden-Württemberg, heute mit rund 9,1 Mill. Bewohnern nach Nordrhein-Westfalen und Bayern das drittgrößte Bundesland, erhielt vor fünfundzwanzig Jahren seine heutige politische Gestalt. Nach Kriegsende hatten zunächst die Besatzungszonen die Gliederung Südwestdeutschlands bestimmt. Aufgrund des Willens der Siegermächte waren die drei Länder *Baden*, *Württemberg-Hohenzollern* (jeweils französische Zone) und *Württemberg-Baden* (amerikanische Zone) geschaffen worden.

Die dadurch notwendig gewordene Neuordnung des Raumes im Südwesten wurde zunächst über eine Einigung der unmittelbar beteiligten Länder versucht. Nach dem Scheitern der Verhandlungen war nach Artikel 118, Satz 2 des Grundgesetzes die Neugliederung durch Bundesgesetz unter Vorbehalt einer Volksbefragung zu regeln. Sie wurde am 9. Dezember 1951 durchgeführt und brachte mit 69,7% der Stimmen eine klare Entscheidung zugunsten des Zusammenschlusses der drei Länder.

Am 9. März 1952 wurde die Verfassungsgebende Versammlung gewählt. Am 25. April 1952 bestellte diese eine vorläufige Regierung unter dem ersten Ministerpräsidenten Reinhold Maier, damit war die Bildung des neuen Bundeslandes offiziell vollzogen.

Das Ringen um die Landesverfassung währte nochmals einhalb Jahre, lagen doch zwei in verschiedenen Punkten wesentlich voneinander abweichende Entwürfe der damaligen Regierungsparteien SPD, FDP/DVP und BHE einerseits und der CDU andererseits vor. In Erkenntnis der Notwendigkeit einer Einigung auf breiter Grundlage wurde im Oktober 1953

eine Allparteien-Regierung mit Gebhard Müller als Ministerpräsident gebildet. Danach konnte die Landesverfassung mit Fünf-Sechstel-Mehrheit verabschiedet werden. Sie trat am 19. November 1953 in Kraft. Damit war das staatliche Leben auf eine feste Grundlage gestellt.

Allerdings dauerte es weitere sieben Jahre, bis 1970 der Bestand Baden-Württembergs in der sogenannten Baden-Abstimmung endgültig und eindrucksvoll bestätigt wurde. Dieses lang ausstehende Votum war jedoch kein Grund für einen Stillstand der politischen Entwicklung.

Wandel der landespolitischen Prioritäten

In den ersten Jahren nach der Gründung des Landes gehörte zunächst die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge zu den Schwerpunktaufgaben der Landespolitik. Nicht weniger bedeutsam war jedoch die innere Integration des neugebildeten Landes, die in der Verabschiedung wichtiger Gesetze (Gemeinde- und Landkreisordnung, Landesverwaltungsgesetz, Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich, Landtagswahlgesetz usw.) ihren Ausdruck fand. In den sechziger Jahren standen dann die tiefgreifenden Veränderungen im Bereich des Bildungswesens im Mittelpunkt, in dieser Zeit wurde auch die staatliche Gesamt- und Fachplanung, unter anderem in Gestalt des Landesentwicklungsplanes, eingeführt.

Gegen Ende der sechziger Jahre wurde dann immer deutlicher, daß die überkommene Verwaltungslandschaft modernen Vorstellungen einer funktionalen Aufgabenverteilung nicht mehr gerecht wurde. Mit der Verabschiedung des Kreisreform- und des Regionalverbandsgesetzes änderte der Landtag die langjährige Verwaltungseinteilung grundlegend: Seit dem 1. Januar 1973 gibt es in Baden-Württemberg statt der bisherigen 63 nur noch 35 Landkreise. Geblieben sind – mit gebietlichen Veränderungen – die neun Stadtkreise und vier Regierungsbezirke. Durch das Regionalverbandsgesetz wurde das Land zudem in insgesamt zwölf Gebiete der überörtlichen Regionalplanung eingeteilt, die jeweils mehrere Stadt- und Landkreise ungeteilt umfassen.

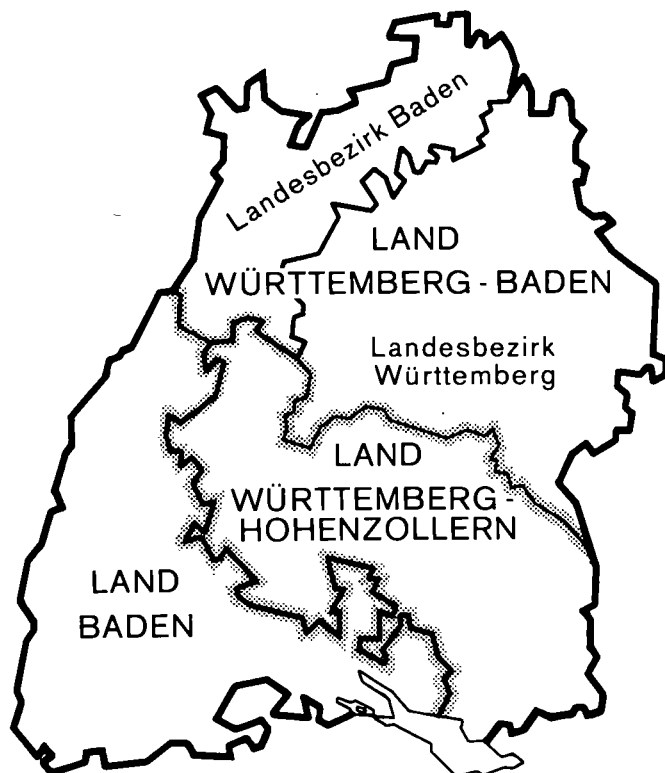
Eines der umfassendsten und landespolitisch wichtigsten Reformvorhaben war schließlich die Gemeindereform, die die Bildung größerer und leistungsfähigerer Verwaltungseinheiten (Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften) zum Ziele hatte. Durch die durchgeführten Eingliederungen und Zusammenschlüsse von Gemeinden änderte sich die Kommunalstruktur grundlegend. Während zu Beginn der Gemeindereform die kommunale Selbstverwaltung in den Händen von 3379 Gemeinden lag, verringerte sich deren Zahl um über zwei Drittel auf zuletzt 1113 (1. 1. 1976). Wichtiger noch als dieser Rückgang der Gesamtzahl ist die erreichte größere Ausgewogenheit in den Gemeindegrößen: Während ehemals weit über die Hälfte der Gemeinden unter 1000 Einwohner hatte, beläuft sich der Anteil dieser kleinen Gemeinden nunmehr auf weniger als 10%.

Politische Stabilität

Schon bald nach dem Ende des zweiten Weltkrieges entfalteten auch im Südwesten Deutschlands nach jahrelanger erzwungener Abstinenz CDU, SPD und FDP politische Aktivitäten. Neben diesen großen Parteien, die bei allen Landtags- und Bundestagswahlen vertreten waren, formierten sich weitere, zumeist kleinere politische Gruppen, die auf die Gestaltung der Nachkriegspolitik im südwestdeutschen Raum

Schaubild 1

Baden und Württemberg nach 1945



87 77

Zusammensetzung des Landtags und der Landesregierung seit 1952

Legislaturperiode	Landtag					Landesregierung	Ministerpräsident
	Insgesamt	CDU	SPD	FDP/DVP	Sonstige		
	Sitze						
1952–1956 ¹⁾	121	50	38	23	10	FDP/DVP-SPD-GB/BHE-Koalition Allparteien-Regierung (ohne KPD)	Dr. Reinhold Maier (25. 4. 1952–7. 10. 1953) Dr. Gebhard Müller (7. 10. 1953–9. 5. 1956)
1956–1960	120	56	36	21	7	Allparteien-Regierung	Dr. Gebhard Müller (9. 5. 1956–17. 12. 1958) Kurt Georg Kiesinger (17. 12. 1958–23. 6. 1960)
1960–1964	121	52	44	18	7	CDU-FDP/DVP-Koalition	Kurt Georg Kiesinger (23. 6. 1960–11. 6. 1964)
1964–1968	120	59	47	14	–	CDU-FDP/DVP-Koalition CDU-SPD-Koalition	Kurt Georg Kiesinger (11. 6. 1964–16. 12. 1966) Dr. Hans Filbinger (16. 12. 1966–12. 6. 1968)
1968–1972	127	60	37	18	12	CDU-SPD-Koalition	Dr. Hans Filbinger (12. 6. 1968–8. 6. 1972)
1972–1976	120	65	45	10	–	CDU-Regierung	Dr. Hans Filbinger (8. 6. 1972–4. 4. 1976)
1976–1980	121	71	41	9	–	CDU-Regierung	Dr. Hans Filbinger (seit 4. 4. 1976)

¹⁾ Verfassungsgebende Landesversammlung und 1. Landtag.

jedoch keinen größeren Einfluß hatten. Lediglich der BHE, der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, gelangte in der ersten Zeit zu einer gewissen Bedeutung.

Bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung am 9. März 1952 gewann die CDU mit 36,0% die meisten Stimmen, gefolgt von SPD (28,0%), FDP/DVP (18,0%) und den Vertriebenenparteien (9,4%). Trotz ihrer Stimmenmehrheit fiel der CDU im ersten Landesparlament jedoch die Rolle der Opposition zu. Das erste Kabinett Baden-Württembergs unter Reinhold Maier (FDP/DVP) war eine Koalitionsregierung aus Mitgliedern der SPD, der FDP/DVP und des BHE.

Erst im Herbst 1953 löste Gebhard Müller (CDU) Reinhold Maier als Ministerpräsident ab und bildete eine Allparteienregierung. Bei der Landtagswahl 1956 gelang es dann der CDU, ihren Stimmenanteil deutlich zu erhöhen: Gebhard Müller blieb Ministerpräsident, die Allparteien-Regierung wurde weitergeführt, auch als Ende 1958 Kurt Georg Kiesinger (CDU) die Regierungsgeschäfte übernahm.

Ein Wechsel trat erst nach der Wahl zum dritten baden-württembergischen Landtag im Jahre 1960 ein, bei der die CDU beträchtliche Stimmenverluste hinnehmen mußte. Kurt Georg Kiesinger, in seinem Amt als Ministerpräsident bestätigt, bildete eine „Kleine“ Koalition aus CDU und FDP/DVP.

Als schließlich Ende 1966 Kurt Georg Kiesinger Bundeskanzler wurde, übernahm Hans Filbinger (CDU) seine Nachfolge. Bei der Landtagswahl 1964 hatte im übrigen die CDU das bei der vorhergegangenen Wahl verlorene Terrain wiedergewonnen. Trotzdem sah sie sich veranlaßt, eine Koalition der beiden stärksten Parteien des Landes (CDU und SPD) herbeizuführen, da besonders schwierige Fragen im Bereich der Bildungspolitik und Verwaltungsreform anstanden. Diese „Große“ Koalition endete erst mit der Landtagswahl 1972, als die CDU mit einem Stimmenanteil von 52,9% erstmals die absolute Mehrheit erlangte. Dieses Ergebnis konnte bei der Landtagswahl 1976 noch auf 56,7% gesteigert werden. Ministerpräsident Filbinger führt seitdem seine Regierung in nahezu unveränderter Besetzung weiter.

Seit Gründung des Landes erzielte die CDU bei allen Landtagswahlen den höchsten Stimmenanteil. Der Vorsprung, den sie dabei jeweils vor der SPD hatte, schwankte jedoch beträchtlich. Bei der Landtagswahl 1960 war der Abstand zur SPD mit nur 4,2 Prozentpunkten am geringsten. Dieser Vorsprung erhöhte sich bei den folgenden Wahlgängen ständig und erreichte bei der Landtagswahl 1976 mit 23,4 Prozentpunkten den Höchststand. Die FDP/DVP hatte bei der Landtagswahl

1952 (18% der Stimmen) ihren größten Erfolg. Bei den folgenden Landtagswahlen nahm jedoch ihr Stimmenanteil ab und erreichte 1976 mit 7,8% den niedrigsten Stand.

Stürmisches Bevölkerungswachstum

In den fünfundzwanzig Jahren seit der Staatsgründung erfuhr das Land eine stürmische Bevölkerungsentwicklung. Von 1952 bis 1976 stieg die Einwohnerzahl um 36,1% und damit weitaus stärker als in den übrigen Bundesländern.

Diese beträchtliche Bevölkerungszunahme ging zu annähernd zwei Fünfteln auf Geburtenüberschüsse und zu drei Fünfteln auf Zuwanderungsüberschüsse zurück. Im Verlauf der Jahre hat sich allerdings die Bedeutung der Geburtenüberschüsse für das Bevölkerungswachstum entscheidend gewandelt.

Während die jährlichen Geburtenüberschüsse im Zeitraum 1952 bis 1964 kontinuierlich von 40 000 auf 79 000 Personen anstiegen, zeigte sich in der Folgezeit ein ständiger Rückgang auf zuletzt rund 1300 im Jahr 1976. Mit diesem geringen Geborenenüberschuß hebt sich Baden-Württemberg indessen von den übrigen Bundesländern noch ab, denn diese weisen in jüngster Zeit sämtlich Geburtendefizite auf.

Die hohen Wanderungsgewinne des Landes gingen in den fünfziger Jahren zunächst hauptsächlich auf die Aufnahme von Heimatvertriebenen und auf die Zuwanderung aus der sowjetischen Besatzungszone zurück. Von 1952 bis 1960 nahm Baden-Württemberg rund 650 000 Personen auf. Nach 1960, als der Zustrom aus dem Osten versiegte, setzte dann in größerem Umfang eine Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte und später auch ihrer Familienangehörigen ein, da die steigende Arbeitskräftenachfrage der Wirtschaft am deutschen Arbeitsmarkt nicht befriedigt werden konnte. Zusammen mit der Zuwanderung von deutschen Personen wurde dadurch im Zeitraum von 1960 bis 1975 ein hoher Wanderungsgewinn von insgesamt fast 940 000 Personen verzeichnet.

Entsprechend der jeweiligen wirtschaftlichen Lage schwankte die Höhe des Wanderungssaldos in den einzelnen Jahren beträchtlich. So ergab sich beispielsweise 1969 ein Rekordwanderungsgewinn von über 150 000 Personen, während in den Rezessionsjahren 1966/67 rund 37 000 Menschen, 1975 und 1976 dann 75 000 bzw. 48 000 Personen abwanderten.

Da die Geburtenüberschüsse in den letzten Jahren sehr gering ausfielen, sind seit 1974 Bevölkerungsrückgänge festzustellen, die vorwiegend den ausländischen Bevölkerungswachstum

Tabelle 1
Geburtenüberschuß und Wanderungsbilanz

Jahr	Geburtenüberschuß bzw. -defizit (-)				Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)			
	Baden-Württemberg			Bundesgebiet	Baden-Württemberg			Bundesgebiet ¹⁾
	insgesamt		darunter Ausländer		insgesamt		darunter Ausländer	
	Anzahl	je 1000 Einwohner			Anzahl	je 1000 Einwohner		
1952	39 589	6,0		5,0	69 762	10,4		1,3
1955	44 372	6,3	797	4,5	104 147	14,6		6,3
1958	58 980	8,0	905	5,7	72 102	9,7		6,3
1961	73 290	9,4	2 350	6,9	107 200	13,7		8,0
1964	79 373	9,7	6 650	7,2	69 689	8,4	55 599	4,9
1967	68 341	8,0	10 909	5,5	- 36 962	- 4,3	- 57 449	- 3,0
1970	35 584	4,0	14 637	1,3	109 461	12,2	96 595	9,5
1973	9 957	1,1	20 980	- 1,5	75 267	8,1	58 999	6,2
1976 ²⁾	1 300	0,2	17 300	- 2,4	- 40 000	- 4,4	- 46 300	- 3,2

¹⁾ Jeweiliger Gebietsstand. - ²⁾ Geschätzt; die Werte für das Bundesgebiet beziehen sich auf 1975.

teil betreffen. Der sich abzeichnende Tendenzumschwung in der Wanderungsbewegung dürfte von längerer Dauer sein. Dafür spricht vor allem, daß sich das heimische Arbeitskräfteangebot in den nächsten Jahren erheblich vergrößern wird. Nach den Bevölkerungsprognosen ist damit zu rechnen, daß die Quote der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren in Zukunft deutlich ansteigen wird, eine Erscheinung, die voraussichtlich tiefgreifende Arbeitsmarktp Probleme mit sich bringt.

Unregelmäßige Altersstruktur

Die ungewöhnliche Entwicklung bei den Wanderungsströmen und den Geburten hat auch die Struktur der Bevölkerung des Landes weitgehend geändert. Dies gilt zunächst für den Altersaufbau, der von grundlegender Bedeutung unter anderem für das Bildungswesen, den Arbeitsmarkt und die Altersversorgung ist. Die Alterspyramide zeigte bei der Gründung des Südweststaates durch die Einwirkung der zwei Weltkriege ein höchst unregelmäßiges Bild, das durch mehrere tiefe Einschnitte infolge schwacher, kriegsbedingter Geburtenjahrgänge und durch die große Zahl der Kriegsoffer geprägt war und einen extrem hohen Frauenüberschuß in den mittleren und oberen Altersgruppen aufwies. Diese Unregelmäßigkeiten des Altersaufbaus sind inzwischen um 25 Jahre durch die Alterspyramide zu den oberen Altersgruppen abgewandert. Außerdem hat sich die Altersstruktur unter dem Einfluß der Wanderungsströme und der Änderung im generativen Verhalten weiter gewandelt. Die heutige Alterspyramide weist eine nur noch schmale Basis bei den jüngsten Altersjahrgängen und außerdem schwache Jahrgänge im Alter um 30 und um 60 Jahre als Auswirkungen des letzten Weltkrieges auf. Auch der Anteil der einzelnen Altersgruppen hat sich teilweise beträchtlich verschoben. Am auffallendsten ist die wesentliche Zunahme bei der Quote der älteren Mitbürger von 65 und mehr Jahren (1952 9,6%, 1976 13,3%). Charakteristisch ist die auch innerhalb der einzelnen Altersgruppen immer wieder schnell wechselnde, völlig unausgeglichene Stärke der einzelnen Altersjahre. Folgerichtig ist dies bei den für das Bildungswesen und den Eintritt in das Erwerbsleben wichtigen jüngeren Altersjahren. Hier wandert ein zwischen zwei tiefen Geburtentälern liegender schmaler Geburtenberg, dessen Spitze zur Zeit bei den 12- bis 13jährigen liegt, durch die einzelnen Teile des Schulwesens auf die Phase des Eintritts in den Arbeitsmarkt zu.

Hoher Ausländeranteil

Trotz der rezessionsbedingten Rückwanderungen der letzten Jahre waren im Herbst 1976 noch 832 000 Ausländer registriert, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von

9,1% entspricht. Damit hat Baden-Württemberg unter allen Bundesländern die weitaus höchste Ausländerquote.

Daß diese Tatsache auch Probleme mit sich bringt, zeigt der hohe Anteil an Ausländergeburten, der sich in den letzten Jahren auf rund 20% aller Geburten stellt. Damit werden bereits heute Integrationsprobleme insbesondere auf dem Gebiet der Vorschulerziehung und Schulausbildung aufgeworfen, die sich in wenigen Jahren noch verschärfen dürften.

Ein beachtlicher Anteil der in Baden-Württemberg lebenden Ausländer darf wohl inzwischen als seßhaft gelten. Über ein Fünftel von ihnen weilt mehr als zehn Jahre im Bundesgebiet und gut die Hälfte ist sechs Jahre und länger hier ansässig. Deshalb besteht Grund zu der Annahme, daß es bei den Ausländern in Baden-Württemberg einen zahlenmäßig nicht geringen Teil gibt, der nicht an eine Rückkehr in die Heimat denkt.

Wandel in der Regionalstruktur

Schon immer hatte der nördliche Landesteil (Regierungsbezirke Stuttgart und Karlsruhe) mit seinen großen Verdichtungsräumen (Mittlerer Neckarraum, Karlsruhe, Rhein-Neckar) das stärkste Bevölkerungspotential aufzuweisen. Hier war in den fünfziger und sechziger Jahren die Zunahme stets besonders hoch. Allein im *Mittleren Neckarraum*, der zu den großen Ballungszentren der Bundesrepublik gehört, stieg die Einwohnerzahl in 25 Jahren von rund 1,5 Millionen im Jahr 1952 auf 2,3 Millionen im Jahr 1976. In diesem Verdichtungsraum liegt heute fast ein Drittel der gesamten am Bruttoinlandsprodukt gemessenen Wirtschaftskraft des Landes.

Im südlichen Landesteil – den heutigen Regierungs-Bezirken Freiburg und Tübingen – haben weite Bereiche seit jeher besondere Bedeutung als Ferien- und Erholungslandschaft gehabt. Es hat jedoch auch hier nicht an der Entwicklung von relativ starken Wirtschaftszentren gefehlt (zum Beispiel Freiburg, Konstanz, Singen oder Ulm). An der Bevölkerungszunahme waren in beiden Landesteilen die Regionen und Kreise recht unterschiedlich beteiligt. Die Spannweite reichte schon in den fünfziger Jahren von einem leichten Rückgang in weniger günstigen Gebieten (Mergentheim, Sinsheim, Tauberbischofsheim, Buchen) bis zu extrem hohen Zuwachsraten in Bereichen mit einer besonders guten Entwicklung von Arbeitsplätzen (Leonberg, Esslingen, Heilbronn, Böblingen, Pforzheim). Die sechziger und ersten siebziger Jahre haben zwar im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Förderung wirtschaftlich schwacher Bereiche eine gewisse Abnahme der unterschiedlichen Entwicklung gebracht, ohne aber die Tendenz zur Konzentration des Bevölkerungszuwachses in günstigen Regionen völlig aufhalten zu können. Eine der interes-

santesten Entwicklungen war die *Abwanderung* der Bevölkerung *aus den Großstädten* in das Umland. Die Einwohnerzahl von Stuttgart ist in den letzten 15 Jahren um nicht weniger als 46 000 zurückgegangen, die Bevölkerung des Stuttgarter Umlandes um etwa 62 000 gestiegen. Diese allerdings bei den Großstädten im ganzen Bundesgebiet zu verschiedenen Zeitpunkten einsetzende und unterschiedlich starke Entwicklung hat eine Vielzahl von Ursachen, zu denen die günstigeren Wohn- und Umweltverhältnisse im Umlandbereich ebenso gehören wie die Verlagerung von Arbeitsplätzen aus den Großstädten hinaus.

Expansion des Bildungssektors

Als das Land Baden-Württemberg gegründet wurde, befand sich das Schul- und Hochschulsystem im wesentlichen in den traditionell vorgegebenen Bahnen. Erst als zu Beginn der sechziger Jahre das Recht auf Bildung verstärkt zu einer gesellschafts-politischen Forderung aller Parteien und der Anspruch auf Bildung auch von den einzelnen Bürgern erhoben wurde, bahnte sich das an, was später in der Öffentlichkeit als *Bildungsexplosion* bezeichnet wurde.

Durch den Aufbau einer systematischen Bildungsplanung wurde der Ausbau des Bildungswesens in geordnete Bahnen gelenkt. Dies war um so notwendiger, als gerade in dieser Zeit die bisher zahlenmäßig schwachen Altersjahrgänge durch stärkere Schülerjahrgänge ersetzt wurden, wodurch eine zunehmende quantitative Belastung für das Schulsystem entstand.

An den Grund- und Hauptschulen stieg die Schülerzahl von 1952 bis 1976 um rund ein Drittel auf 913 000. Trotz dieses hohen Zuwachses nahm der Anteil der Schüler in dieser Schulart, gemessen an der Wohnbevölkerung im Alter von 6 bis 15 Jahren, von rund 65% auf 60% ab.

Enorm an Bedeutung gewannen die Realschulen. Durch den Aufbau des Realschulwesens in Baden und die verstärkte Hinwendung zu dieser Schulart verdreizehnfachte sich die Schülerzahl auf rund 229 000. Bezieht man die Schülerzahlen auf die entsprechende Wohnbevölkerung im Alter von 10 bis 15 Jahren, so zeigt sich eine Steigerung der Anteilsquote von 3% (1952) auf 29% (1976).

Auf die Gymnasien des Landes trat bereits 1952 rund ein Viertel aller Schüler der vierten Grundschulklassen über. Bis 1972 stieg diese Übergangsquote auf fast 30% an. Sie weist seitdem als Folge der Diskussionen um den zukünftigen Akademikerbedarf und aufgrund des Ausbaus anderer Schularten (zum Beispiel des beruflichen Gymnasialsystems) wieder leicht sinkende Tendenz auf, bewegt sich jedoch insgesamt auf relativ hohem Niveau. Unabhängig von der Übergangsquote nahm die Zahl der Schüler an Gymnasien infolge der starken Geburtsjahrgänge laufend, und zwar von 116 000 im Jahr 1952 auf 306 000 im Jahr 1976 zu.

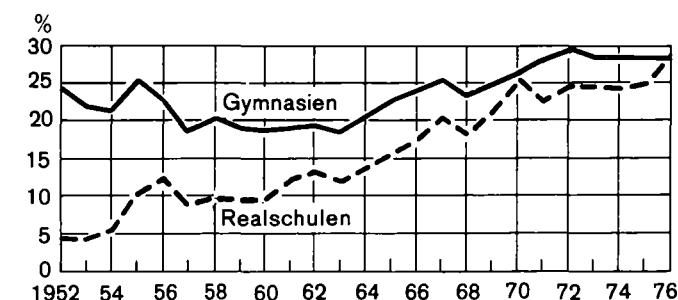
Infolge dieser Entwicklung waren auch bei den Abiturienten extreme Steigerungsraten zu verzeichnen. In Baden-Württemberg werden nunmehr 17% eines Altersjahrgangs zur Hochschulreife geführt, gegenüber nur 4% im Jahr 1952.

Die Entwicklung des beruflichen Schulsystems ist durch die zunehmende Bedeutung, die die Berufsfachschulen als berufliche Vollzeitschulen für die Ausbildung erlangt haben, gekennzeichnet. Der Anteil der Jugendlichen, der die berufliche Ausbildung noch über die mit größerer Tradition versehene duale Ausbildung durch Schule und Lehrbetrieb sucht, wird immer geringer. Rund ein Sechstel der 15- bis 19jährigen Jugendlichen zieht es heute bereits vor, ihre berufliche Ausbildung auf dem Wege des schulischen Vollzeitunterrichts zu erhalten.

Auch in der Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation weist das Land eine günstige Bilanz auf. Zwar konnten in dieser Hinsicht nicht alle Wünsche von Lehrerverbänden und Elternvertretern zufriedengestellt werden, doch schneidet das Land sowohl beim Vergleich der Klassenfrequenz als auch bei der Schüler-Lehrer-Relation im Verhältnis zu anderen Bundeslän-

Schaubild 2

Übergangsquoten



86 77

dern günstig ab. Bezogen auf die hauptamtlichen Lehrkräfte verbesserte sich die Schüler-Lehrer-Relation an den Grund- und Hauptschulen von 39,2 Schüler je Lehrer (1952) auf 29,8 (1976) Schüler je Lehrer. An den Realschulen sank das Schüler-Lehrer-Verhältnis von 36,1 auf 25,3. Nur an den Gymnasien hat sich die Relation mit 22,1 (1976) gegenüber 1952 (23,4) nicht wesentlich verändert.

Auf dem Gebiet des Hochschulwesens hat Baden-Württemberg eine jahrhundertealte Tradition aufzuweisen. Die Bedeutung des Hochschulsektors zeigt sich nicht nur im höchsten Anteil an ausländischen Studenten unter allen Bundesländern (7,9%), sondern auch darin, daß an den Hochschulen des Landes 13 000 deutsche Studenten aus anderen Bundesländern mehr studieren als Baden-Würtemberger in anderen Bundesländern.

Insgesamt sind an den 56 Hochschulen des Landes rund 137 000 Studenten immatrikuliert. Von ihnen studieren 91 000 an den neun Universitäten und 20 000 an den Pädagogischen Hochschulen. Trotz der bestehenden Zulassungsbeschränkungen hat die Zahl der Studierenden in einem Ausmaß zugenommen, daß die Kapazität der Hochschulen nicht Schritt halten konnte. Da die eigentliche Belastungsspitze an den Hochschulen jedoch noch zu erwarten, andererseits aber jetzt schon erkennbar ist, daß der Arbeitsmarkt die Vielzahl an Akademikern nicht aufnehmen kann, müssen die Hochschulkapazitäten in neue Bahnen gelenkt werden. An den Pädagogischen Hochschulen geschieht dies derzeit in der Form, daß vorhandene Ausbildungskapazitäten abgebaut und teilweise auf andere Hochschularten umgeschichtet werden.

Entscheidende Verbesserungen im Gesundheitswesen

Die wesentlichen Verbesserungen im Gesundheitswesen, die in jüngster Zeit allerdings mit einem sprunghaften Kostenanstieg verbunden waren, zeigen sich unter anderem in der verbesserten Versorgung mit Ärzten: Ende 1952 hatte ein Arzt noch durchschnittlich 704 Einwohner zu versorgen, Anfang 1976 entfielen hingegen je Arzt nur noch 503 Einwohner. Durch die Entwicklung der Medizin wurde eine wachsende Spezialisierung der Ärzte erforderlich, so daß sich die Zahl der Fachärzte auf gut das Zweieinhalbfache erhöhte, während die der Allgemeinpraktiker nur um etwa die Hälfte stieg.

In den Krankenhäusern für Akutkranke werden heute jährlich über 1,3 Mill. Kranke stationär behandelt. Im Durchschnitt muß sich somit jeder siebte Bewohner des Landes einmal im Jahr in stationäre Krankenhausbehandlung begeben. Auf 1000 Einwohner gerechnet, stieg die Zahl der Krankenhausesfälle gegenüber Anfang der sechziger Jahre um rund ein Fünftel. Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, daß die Bevölkerung krankheitsanfälliger wurde. Vielmehr kommt in dieser Entwicklung der Wandel der Lebensverhältnisse zum Ausdruck. Die Krankenhäuser werden häufiger als früher in Anspruch genommen, da durch einen rechtzeitig verordneten

Tabelle 2
Sozialbudget

Funktionen	Baden-Württemberg				Bundesgebiet			
	Leistungen							
	nach Funktionen ¹⁾ in Mill. DM		in % des Brutto- sozialprodukts		nach Funktionen in Mill. DM		in % des Brutto- sozialprodukts	
	1970	1975	1970	1975	1970	1975	1970	1975
Sozialbudget insgesamt	25 414	52 554	23,64	31,47	174 735	334 731	25,49	32,07
Familie	4 702	8 130	4,37	4,87	32 274	53 936	4,71	5,17
Kinder	2 364	3 608	2,20	2,16	16 057	25 984	2,34	2,49
Ehegatten	2 135	4 173	1,99	2,50	14 737	25 699	2,15	2,46
Mutterschaft	203	349	0,19	0,21	1 480	2 253	0,22	0,22
Gesundheit	7 601	15 854	7,07	9,49	52 194	106 254	7,61	10,18
Vorbeugung	484	1 042	0,45	0,62	3 230	7 054	0,47	0,68
Krankheit	5 439	11 844	5,06	7,09	37 393	78 838	5,45	7,55
Arbeitsunfall, Berufskrankheit	712	1 300	0,66	0,78	4 954	8 275	0,72	0,79
Invaliddität (allgemein)	966	1 668	0,90	1,00	6 617	12 087	0,97	1,16
Beschäftigung	636	3 292	0,59	1,97	4 508	20 636	0,66	1,98
Berufliche Bildung	305	1 225	0,28	0,73	2 122	7 941	0,31	0,76
Sonstige Mobilität	229	310	0,21	0,19	1 646	2 069	0,24	0,20
Arbeitslosigkeit	102	1 757	0,09	1,05	740	10 626	0,11	1,02
Alter und Hinterbliebene	9 683	20 312	9,01	12,16	66 575	121 020	9,71	11,60
Alter	8 946	19 074	8,32	11,42	61 462	112 615	8,97	10,79
Hinterbliebene	737	1 238	0,69	0,74	5 113	8 405	0,75	0,81
Folgen politischer Ereignisse	940	1 074	0,87	0,64	6 544	7 662	0,95	0,73
Wohnen	789	1 064	0,73	0,64	5 437	7 787	0,79	0,75
Sparförderung	890	2 617	0,83	1,57	6 063	15 864	0,88	1,52
Allgemeine Lebenshilfen	173	211	0,16	0,13	1 140	1 570	0,17	0,15

¹⁾ Nach dem Sozialbudget der Bundesregierung geschätzt.

Krankenhausaufenthalt oft der Heilungsprozeß einer Krankheit verkürzt werden kann. Durch die zunehmende Lebenserwartung hat sich der Anteil der älteren und damit gegenüber Krankheiten anfälligeren Menschen erhöht.

Der in den letzten Jahren beobachtete explosionsartige Kostenanstieg im Gesundheitswesen, – allein im Zeitraum 1970 bis 1975 verdoppelten sich nach den Nachweisen des Sozialbudgets (siehe unten) die Ausgaben für Gesundheit –, geht jedoch auch auf Änderungen in der Bevölkerungsstruktur zurück. So hat sich von 1970 bis 1976 die Zahl der in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Rentner um knapp ein Fünftel und damit überproportional erhöht.

Da die durchschnittlichen Gesamtleistungen je Rentner heute beträchtlich über denen der anderen Versicherungsgruppen liegen, resultiert allein daraus ein überdurchschnittlicher Kostenanstieg. Allerdings darf auch nicht übersehen werden, daß auf dem Gesetzesweg der Leistungskatalog erheblich erweitert wurde. So gaben denn die gesetzlichen Krankenkassen 1976 je Mitglied rund 994 DM an Versicherungsleistungen aus, was gegenüber 1952 eine Zunahme um das Fünzfach bedeutet.

Fast ein Drittel des Sozialprodukts für die soziale Sicherung

Einen Überblick über das vielfältige Netz der sozialen Sicherung bietet das Sozialbudget, das auf Landesebene seit 1970 berechnet wird. Es stellt eine Zusammenfassung sämtlicher Sozialleistungen des Landes, des Bundes und sonstiger Träger dar und läßt die Bedeutung und Entwicklung der verschiedenen Leistungsarten erkennen. Wie aus der Tabellenübersicht hervorgeht, erhöhte sich die Gesamtheit der sozialen Leistungen allein von 1970 bis 1975 von 25,4 Mrd. DM auf rund 52,6 Mrd. DM und damit rund auf das Doppelte.

Je Kopf der Bevölkerung wurden 1970 durchschnittlich 2568 DM aufgewendet, 1975 hingegen bereits 5716 DM. Die Sozialleistungsquote, das heißt der Anteil der Sozialleistungen am jeweiligen Bruttosozialprodukt, hat sich im selben Zeitraum von 23,6% auf 31,5% erhöht. Wie heute in immer stärkerem Maße erkannt wird, dürften bei weiterem Anhalten dieses starken Aufwärtstrends die Grenzen der Belastbarkeit von Bevölkerung und Wirtschaft in nicht allzu ferner Zukunft erreicht sein.

Von allen Einzelfunktionen erfordern die Leistungen der Alters- und Hinterbliebenenversorgung mit 20,3 Mrd. DM die höch-

sten Aufwendungen, dicht gefolgt von den Ausgaben für die Gesundheit (15,8 Mrd. DM) und den Familienleistungen (8,1 Mrd. DM). Die Ausgaben für die übrigen Funktionen liegen sehr viel niedriger und verlieren auf längere Sicht zum Teil an Gewicht, obwohl auch sie dem absoluten Betrag nach steigen.

Umweltprobleme gewinnen an Bedeutung

Das Ausmaß, in dem unsere elementaren Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft bedroht sind, wurde der Öffentlichkeit erst in den letzten Jahren bewußt. Der Gedanke des Umweltschutzes rückte dadurch mehr und mehr in den Vordergrund auch des politischen Geschehens.

Die zunehmende Umweltbelastung in den letzten zwei Jahrzehnten ist eng verbunden mit dem hohen Wachstum der Bevölkerung und der stürmischen Entwicklung der Industrie und des Verkehrsaufkommens. Hinzu kamen steigende Konsumbedürfnisse und ein Wandel im Verbraucherverhalten, Entwicklungen, die mit den Begriffen *Konsumgesellschaft* und *Wegwerfgesellschaft* beschrieben werden. Infolgedessen wurde das Land für eine gewisse Zeit weitgehend unkontrolliert von einer *Mülllawine* überrollt.

War das Anwachsen der Umweltbelastung an sich schon bedenklich, so wurde es durch die Konzentration auf die verdichteten Räume noch problematischer. Bereits die Tatsache, daß sich in bestimmten Ballungszentren Bevölkerung und Wirtschaft konzentrieren, kann Beeinträchtigungen der Umwelt nach sich ziehen: Während zum Beispiel bei einer entsprechend geringen Besiedlungsdichte von Hausbrand herührende Emissionen oder häusliche Abwässer von den natürlichen Selbstreinigungskräften ohne weiteres zu bewältigen sind, werden diese Belastungen erst mit der räumlichen Dichte zu einem eigentlichen Umweltproblem. Unter diesem Blickwinkel ist es ökologisch sehr bedeutsam, daß in den letzten fünfundzwanzig Jahren aufgrund des Bevölkerungswachstums eine zunehmende Verstädterung eintrat. Zusätzliche Belastungen gehen von dem wachsenden Verkehrsaufkommen aus, das in der Regel mit der Gemeindegröße zunimmt. Diese Tendenz wird noch dadurch verstärkt, daß verdichtete Gebiete auch für Industrie und Gewerbe besonders attraktiv sind.

Damit kommt den verbliebenen Freiflächen wachsende Bedeutung zu. Einerseits wird ihre Erholungsfunktion für die städtische Bevölkerung immer wichtiger, andererseits ver-

fügen sie auch über eine für den Wasserhaushalt entscheidende rückhaltende Wirkung. Damit wird deutlich, daß einer weiteren Zersiedelung Grenzen gesetzt sind. In diesem Zusammenhang ist auch die Aufforstung brachliegender Gebiete zu sehen, ist doch der Wald im besonderen Maße in der Lage, auf den Wasserhaushalt regulierend einzuwirken und erfüllt darüber hinaus auch lufthygienische Aufgaben. Gerade unter diesem Aspekt ist es allerdings bedenklich, daß sich die bereits vor der Gründung des Landes zu beobachtende Zunahme der Waldungen auf die ohnedies walddreichen, dünn besiedelten Landesteile beschränkte. Dagegen mußte in den Verdichtungsräumen in erheblichem Umfang Wald für die Bebauung abgeholzt werden, ohne daß die Möglichkeit eines Ausgleichs durch Neuaufforstungen bestanden hätte.

Zahl der Erwerbstätigen stark gestiegen

Getragen von dem hohen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum nahm auch die erwerbstätige Bevölkerung des Landes der absoluten Zahl nach stark zu. Von 1950 bis 1973 stieg die Zahl der Erwerbstätigen kontinuierlich von 3,15 Mill. auf 4,31 Mill. Personen an. Von da ab ging die Gesamtzahl durch die beträchtlichen Freisetzen von Arbeitskräften während der Rezessionsperiode 1974/75 auf 4,02 Mill. (1976) zurück.

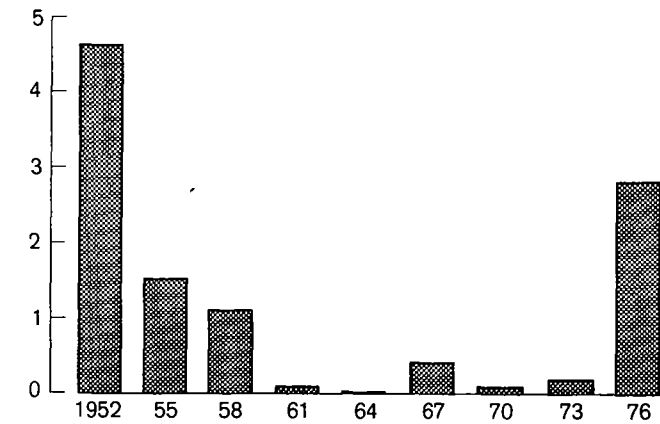
Im Vergleich mit den übrigen Bundesländern beteiligten sich die Einwohner Baden-Württembergs schon von jeher in überdurchschnittlichem Umfang am Erwerbsleben. Allerdings nahm auch in unserem Bundesland seit Mitte der fünfziger Jahre die Erwerbsquote (Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung), die ehemals bis zu 53% betragen hatte, ständig ab. So gingen 1976 lediglich noch 44% der Einwohner des Landes einer auf Erwerb gerichteten Tätigkeit nach.

Die Ursachen der rückläufigen Erwerbsbeteiligung liegen einerseits im veränderten Altersaufbau der Bevölkerung, in das arbeitsfähige Alter wuchsen über lange Jahre nur schwach besetzte Altersjahrgänge nach. Vor allem aber hat sich die durchschnittliche Dauer der schulischen Ausbildung im Zusammenhang mit dem zunehmenden Beschreiten weiterführender Bildungswege erheblich verlängert. Diesen demographischen und gesellschaftspolitischen Einflüssen wirkte zwar die Zuwanderung von rund einer halben Million ausländischer Arbeitnehmer entgegen, doch konnte dadurch der Rückgang der Erwerbsquote nur abgebrems werden.

Grundlegender Wandel der Arbeitsmarktlage

Die Expansion der Wirtschaft führte bereits in den fünfziger, vor allem aber in den sechziger Jahren zu einer außerordentlich starken Nachfrage nach Arbeitskräften bei gleichzeitigem Rückgang der Beteiligung am Erwerbsleben. Der hohe Arbeitskräftebedarf von Wirtschaft und Verwaltung konnte trotz der rasch steigenden Zahl ausländischer Arbeitskräfte nur unzureichend befriedigt werden. Einen Höhepunkt erreichte

Schaubild 3
Arbeitslose je offener Stelle



8177

die Anspannung des Arbeitsmarktes Mitte der sechziger Jahre, als bei einer Arbeitslosenquote von 0,2% über 25 offene Stellen je Arbeitslosen entfielen. Selbst in den Rezessionsjahren 1966/67 lag die Arbeitslosenquote noch unter einem Prozent, die Zahl der offenen Stellen übertraf die der Arbeitslosen mehrfach.

Ein grundlegender Wandel der Arbeitsmarktsituation vollzog sich erst mit dem konjunkturellen Einbruch 1974/75. Obwohl zahlreiche ausländische Arbeitskräfte in ihre Heimatländer zurückkehrten, lag die durchschnittliche Arbeitslosenzahl sowohl 1975 als auch 1976 über 100 000. Die soziale Tragweite der Arbeitslosigkeit machten Arbeitslosenquoten von 3,5% (1975) und 3,4% (1976) drastisch spürbar, obgleich das Ausmaß der Beschäftigungslosigkeit damit noch wesentlich geringer als im übrigen Bundesgebiet war.

Trotz der 1976 eingetretenen leichten Entspannung der Arbeitsmarktlage muß befürchtet werden, daß der verbliebene Berg von Arbeitslosen aus konjunkturellen und strukturellen Gründen (unter anderem auch aufgrund der Zusammensetzung der Arbeitslosen) nur sehr langsam abgebaut werden kann. Dafür spricht unter anderem, daß in den nächsten Jahren die Nachfrage nach Arbeitsplätzen aufgrund des Altersaufbaues der Bevölkerung (Ausscheiden schwach besetzter Altersjahrgänge aus dem Erwerbsleben und Eintritt geburtenstarker Jahrgänge) noch erheblich steigen wird.

Reallöhne verdreifacht

Der weitaus größte Teil der Bevölkerung bezieht sein Einkommen ausschließlich als Arbeitnehmer. Für einen großen Teil der Arbeitnehmerschaft, nämlich die Beschäftigten in

Tabelle 3
Erwerbstätige nach der wirtschaftlichen Gliederung

Jahr ¹⁾	Baden-Württemberg					Bundesgebiet				
	Erwerbs- tätige insgesamt	davon nach Wirtschaftsbereichen				Erwerbs- tätige insgesamt	davon nach Wirtschaftsbereichen			
		Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Sonstige Wirtschafts- bereiche		Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Sonstige Wirtschafts- bereiche
1000	%				1000	%				
1950	3 146	26,8	44,9	12,8	15,5	21 808	23,3	43,3	14,1	19,3
1958	3 838	17,6	51,8	15,2	15,4	25 969	15,3	47,5	17,1	20,1
1961	4 039	15,8	52,2	13,5	18,7	26 713	13,4	48,1	17,2	21,3
1964	4 057	11,8	53,3	14,1	20,7	26 838	11,3	48,0	17,5	23,1
1967	3 985	11,4	53,0	14,2	21,5	26 397	10,1	47,0	17,8	25,1
1970	4 176	7,9	54,7	14,3	23,1	26 494	7,5	48,9	17,9	25,7
1973	4 306	7,3	55,1	14,2	23,5	27 066	7,1	47,8	18,0	27,1
1976 ²⁾	4 018	6,6	51,6	14,7	27,1	25 960	6,6	46,5	17,8	29,1

¹⁾ 1950, 1961 und 1970 Ergebnisse der Volkszählung, ansonsten Ergebnisse des Mikrozensus. - ²⁾ Die Werte für das Bundesgebiet beziehen sich auf 1975.

Tabelle 4
Löhne, Preise, Privater Verbrauch

Jahr	Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter		Reallöhne ¹⁾	Preisindex für die Lebenshaltung ²⁾	Ausgaben für den privaten Verbrauch ³⁾
	DM	1962 = 100			DM
1952 ..	71	51	59	87	392
1955 ..	83	61	71	86	479
1958 ..	97	71	77	93	581
1961 ..	127	91	94	97	702
1964 ..	164	116	110	106	879
1967 ..	192	136	119	114	931
1970 ..	260	185	152	122	1064
1973 ..	345	243	170	143	1444
1976 ..	434	300	179	168	2009

¹⁾ Index der Bruttowochenverdienste der Arbeiter in der Industrie, deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung (Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte, mittlere Verbrauchergruppe). – ²⁾ Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte, mittlere Verbrauchergruppe. – ³⁾ Monatsdurchschnitt je Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen.

der Industrie und im Baugewerbe, stehen exakte Angaben über die langfristige Entwicklung der Durchschnittsverdienste zur Verfügung, die auch für die gesamte Wirtschaft als hinreichend typisch angesehen werden können.

Die Wochenlöhne der Industriearbeiter haben sich zwischen 1952 und 1976 annähernd versechsfacht. Für den Lebensstandard der Arbeitnehmer ist jedoch nicht diese nominelle Steigerung entscheidend, denn Preissteigerungen zehren einen Teil des Einkommenszuwachses auf. Zum Nachweis der Entwicklung der realen Kaufkraft dient vielmehr der Reallohnindex, daß heißt, der mit dem Preisindex für die Lebenshaltung (Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen) deflationierte Index der Bruttowochenverdienste. Dieser Maßstab für die Entwicklung der Brutto-Real-einkommen stieg im Zeitraum von 1952 bis 1976 auf das Dreifache.

Höhepunkt der Preiswelle 1973

Für die Beurteilung der Preisentwicklung kommt dem Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Haushalten mit mittlerem Einkommen ausschlaggebende Bedeutung zu. Nach diesem Maßstab stieg das Preisniveau der für die Lebensführung von Normalverbrauchern relevanten Waren und Dienstleistungen im Zeitraum 1952 bis 1976 auf rund das Doppelte. Die durchschnittliche jährliche Teuerungsrate betrug 2,8%, ein Wert, der erheblich unter dem entsprechenden Anstieg der Bruttowochenverdienste von 7,5% liegt.

In bezug auf den Anstieg des Preisniveaus lassen sich jedoch sehr verschiedene Entwicklungsabschnitte unterscheiden. Nach leicht sinkender Tendenz in den Jahren 1953 und 1954 überschritt die Steigerungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung bis zum Jahr 1970 die 3%-Marke nur viermal leicht, und zwar in den Jahren 1956, 1962, 1965 und 1970. Erst in den folgenden Jahren setzte eine Preiswelle ein, die Teuerungs-raten von 5% bis 6% mit sich brachte und ihren Höhepunkt im Jahr 1973 (+ 6,4%) erreichte. In der Folgezeit bis 1976 (+ 4,6%) ebnten dann die Preisauftriebstendenzen wieder etwas ab. Im Rückblick auf die Nachkriegsgeschichte war jedoch die Periode 1970 bis 1976 eine Zeit ganz ungewöhnlicher Preissteigerungen, in diesen sechs Jahren verteuerte sich die Lebenshaltung etwa im gleichen Ausmaß wie in den gesamten achtzehn Jahren von 1952 bis 1970.

Zweithöchste Sparleistung unter den Bundesländern

Im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet empfand die Bevölkerung des Landes das Sparen schon von jeher in stärkerem Ausmaß als Tugend. Bereits 1952 verfügten die Einwohner über ein durchschnittliches Pro-Kopf-Guthaben von 217 DM gegenüber 161 DM im Bundesdurchschnitt. An dieser Relation hat sich bis heute wenig geändert. Mit 7990 DM wies Baden-

Württemberg auch Mitte 1976 unter den Bundesländern nach Hamburg das höchste Guthaben je Einwohner auf und übertraf den Bundesdurchschnitt von 7046 DM nicht unbeträchtlich.

Eine besondere Note bekommt die Spartätigkeit in Baden-Württemberg jedoch durch die weite Verbreitung des Bauspargedankens und das tief verwurzelte Streben nach dem eigenen Heim. Durch das Ansparen auf Bausparverträge haben die Einwohner des Landes Guthaben bei den Bauspar-kassen in Höhe von 15,8 Mrd. DM angesammelt. Das bedeutet einen Pro-Kopf-Betrag von 1724 DM, so daß Baden-Württemberg beim Bausparen weit an der Spitze der Bundesländer steht und den Bundesdurchschnitt (1226 DM) beträchtlich übertrifft.

Überdurchschnittliche Wirtschaftsleistung

Zusammenfassender Ausdruck der wirtschaftlichen Leistung ist das Bruttoinlandsprodukt, das sich aus den Beiträgen der Wirtschaftsbereiche *Land- und Forstwirtschaft, Warenproduzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr und Dienstleistungen* zusammensetzt. Mit rund 173,8 Mrd. DM steht Baden-Württemberg 1976 in der absoluten Höhe des Bruttoinlandsproduktes nach Nordrhein-Westfalen und Bayern an dritter Stelle unter den Bundesländern. Pro Kopf der Bevölkerung ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Mit über 19 000 DM je Einwohner rangiert das Land mit seiner Wirtschaftsleistung zusammen mit Hessen an der Spitze der Flächenländer, lediglich die Stadtstaaten mit ihren besonders gelagerten Verhältnissen weisen höhere Werte auf.

In den fünfundzwanzig Jahren seit Bestehen des Landes hat sich das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen gerechnet mehr als verneunfacht. Eine solch außerordentlich hohe Vergrößerung wurde von keinem anderen Bundesland erreicht. Freilich darf nicht übersehen werden, daß der hohe nominale Zuwachs zu einem guten Teil durch Preiserhöhungen bedingt ist. Schaltet man diese aus, so ergibt sich immerhin eine Erhöhung des realen Inlandsproduktes auf annähernd das Vierfache.

Verschiedene wirtschaftliche Entwicklungsphasen

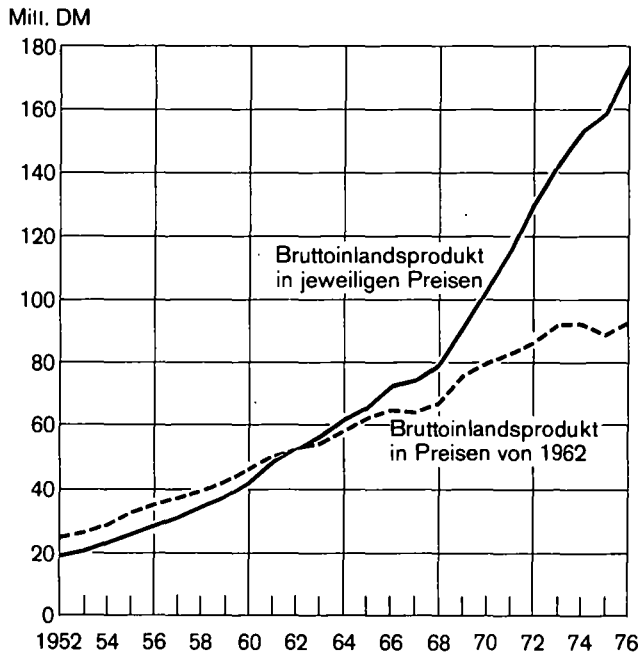
Das Tempo der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung schwankte in den einzelnen Jahren entsprechend den konjunkturellen Wellenbewegungen sehr stark. Bei längerfristiger Betrachtungsweise lassen sich zudem drei Entwicklungsabschnitte unterscheiden.

Die fünfziger Jahre waren zunächst durch eine sehr dynamische Aufbauphase gekennzeichnet, in der sich das nominale Bruttoinlandsprodukt annähernd verdreifachte. Geprägt wurde diese Periode durch das starke Vordringen des Produzierenden Gewerbes.

Nach Sättigung des Wiederaufbau- und Nachholbedarfs setzte dann in den sechziger Jahren ein neuer Entwicklungsabschnitt mit deutlich abgeschwächtem Wachstum ein, der als Konsolidierungsphase bezeichnet werden kann. Auch diese Periode des gemäßigten Wachstums, in der sich das nominale Bruttoinlandsprodukt jedoch immerhin verdoppelte, war mit beträchtlichen strukturellen Verschiebungen verbunden: Der Warenproduzierende Bereich erhöhte weiterhin seinen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt und verstärkte insofern sein dominierendes Gewicht nochmals, doch stieg die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Sektor nur leicht. Demgegenüber steigerte der Dienstleistungsbereich in den sechziger Jahren nicht nur seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträchtlich, sondern stellte auch zwei Drittel der in diesem Zeitraum neu geschaffenen Arbeitsplätze.

Etwa mit Beginn der siebziger Jahre setzte wiederum ein Trendumbruch ein, so daß von einer generellen Umorientierungsphase ausgegangen werden muß. Kennzeichnend für die neuere Entwicklung ist einerseits eine weitere Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums, andererseits ein ver-

Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes



8477

stärker Strukturwandel. So wuchs das Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum von 1970 bis 1976 nominal zwar um beachtliche 68%, doch war dieser Zuwachs weitaus stärker als in früheren Jahren durch Preissteigerungen bedingt. In konstanten Preisen gerechnet, ergab sich in diesen sechs Jahren lediglich eine Zunahme um 18%, was allerdings zum großen Teil auf die schwerste Rezession der Nachkriegszeit während der Jahre 1974/75 zurückzuführen ist.

Die für hochentwickelte Volkswirtschaften typische überproportionale Ausweitung des Dienstleistungsbereichs hielt bis in die jüngste Zeit an, doch vollzieht sich in Baden-Württemberg der Strukturwandel, der mit dem vielzitierten Schlagwort „Weg in die Dienstleistungsgesellschaft“ beschrieben wird, eher langsam und gemäßigt. Nicht zuletzt spielt dabei auch die historisch gewachsene Wirtschaftsstruktur eine Rolle, die durch die überragende Dominanz des Produzierenden Gewerbes geprägt ist.

Wandel der Wirtschaftsstruktur

Über den grundlegenden Wandel der sektoralen Wirtschaftsstruktur in den letzten fünfundsiebzig Jahren gibt die ungleiche Entwicklung der Leistungswerte der vier Hauptsektoren Aufschluß. Am augenfälligsten ist das relative Zurückbleiben der Land- und Forstwirtschaft, ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt ging von ursprünglich 9,4% um gut zwei Drittel auf 2,7% zurück. Während somit die Landwirtschaft nur wegen ihrer hohen Freisetzung von Arbeitskräften eine wachstumsfördernde Wirkung hatte, verneunfachte das Warenproduzierende Gewerbe seine wirtschaftliche Leistung annähernd und verstärkte damit sein dominierendes Gewicht weiter. Allerdings ging von 1965 ab, als mit 59% der höchste Anteil verzeichnet wurde, der Beitrag zum Inlandsprodukt leicht auf zuletzt 55% zurück.

Den stärksten Aufschwung nahm jedoch der Dienstleistungssektor, dessen Anteilsquote am Inlandsprodukt sich unter dem Einfluß der allgemeinen Einkommensverbesserungen von 19% auf 28% erhöhte. Demgegenüber verzeichnete der Sektor Handel und Verkehr, der seine wirtschaftliche Leistung immerhin versiebenfachte, einen leichten Rückgang seines Anteils am erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt von 18% auf 15%.

Zweitgrößtes Industrieland

Die Spitzenstellung unter den Bundesländern, die Baden-Württemberg hinsichtlich der Wirtschaftskraft einnimmt, ist zum guten Teil der Leistungsfähigkeit seiner Industrie zu verdanken. Obwohl arm an natürlichen Rohstoffen und durch die Verkehrslage keineswegs begünstigt, entwickelte sich Baden-Württemberg in den letzten fünfundsiebzig Jahren zum zweitgrößten Industrieland der Bundesrepublik. Als Gegenstück zum Ruhrgebiet mit seinen Grundstoffindustrien entstand im südwestdeutschen Raum eine vielseitige Verarbeitungs- und Veredelungsindustrie, der der Ruf eines hohen Qualitätsstandards vorausgeht.

Charakteristisch für die Industrie ist neben einer Reihe weltbekannter Unternehmen, die der Größe nach von Daimler-Benz, Standard Elektrik Lorenz und Bosch angeführt werden, eine Vielzahl mittlerer und kleinerer Betriebe von oft handwerklichem Ursprung. Die breite regionale Streuung dieser mittelständisch strukturierten Betriebe trägt zusammen mit einer vielfältigen Branchenstruktur zur verhältnismäßig hohen Krisenfestigkeit der Wirtschaft bei und mildert so die Gefahr der strukturellen Arbeitslosigkeit. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß auch Baden-Württemberg von den strukturellen Verschiebungen, die mit den Rezessionsjahren 1974/75 verbunden waren, nicht verschont blieb. So ging die Zahl der Arbeitsplätze im Zusammenhang mit der mangelnden Kapazitätsauslastung und den Rationalisierungsmaßnahmen in den letzten Jahren erheblich zurück.

Trotz dieses Beschäftigungseinbruchs erhöhte sich die Beschäftigtenzahl der Industrie in den letzten fünfundsiebzig Jahren um die Hälfte auf 1,40 Mill. (1976). Noch stärker zum Ausdruck kommt der industrielle Aufschwung im Wert des Umsatzes, der von 18,4 Mrd. DM (1952) auf 127,4 Mrd. DM (1976) stieg. Zu dieser Steigerung trug in erheblichem Umfang das Exportgeschäft bei.

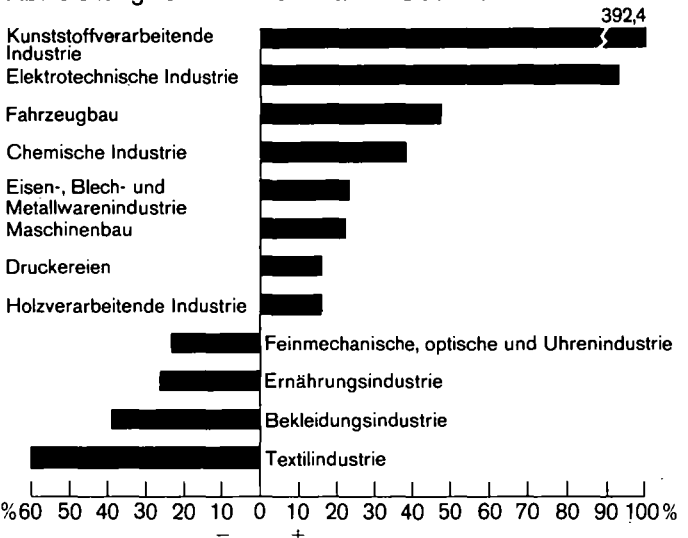
Da der Absatz auf den Weltmärkten wesentlich stärker ausgeweitet werden konnte als im Inland, erhöhte sich die industrielle Ausfuhr bis 1976 um fast das Sechzehnfache auf rund 34,6 Mrd. DM. Die wachsende Bedeutung der Auslandsmärkte zeigt sich deutlich in der Entwicklung der Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz), die von 11% auf 25% stieg und damit heute zu den höchsten unter den Bundesländern zählt.

Die rege Investitionstätigkeit in der Nachkriegszeit hatte eine besonders starke Ausweitung der Investitionsgüterindustrien

Schaubild 5

Umsatzwachstum ausgewählter Industriezweige 1952 bis 1976

Abweichung vom Durchschnitt der Gesamtindustrie in %



8877

zur Folge. So vermochte der Maschinenbau seine Beschäftigtenzahl auf rund 247 000 zu verdoppeln und rückte damit in der Rangfolge der Industriezweige auf den ersten Platz vor. Die Elektrotechnische Industrie verdreifachte sogar ihren Beschäftigtenstand auf 231 000 und nimmt damit den zweiten Rang ein, gefolgt vom Fahrzeugbau, der die Zahl der Arbeitsplätze auf rund 164 000 verdoppelte. Den Beschäftigtenstand erheblich vermindert hat vor allem die in Baden-Württemberg alteingesessene Textilindustrie, die mit nunmehr lediglich noch 108 000 Beschäftigten vom ersten auf den vierten Platz zurückfiel.

Hochentwickeltes Handwerk

Die wachsende Industrie hat das Handwerk keinesfalls verdrängt. Vielmehr dienen viele Handwerksbetriebe der Industrie als Zulieferer und üben vielfach wichtige Dienstleistungsfunktionen aus. Zwar weist die Zahl der selbständigen Betriebe seit den fünfziger Jahren im Rahmen des Trends zu größeren betrieblichen Einheiten eine fallende Tendenz auf. Die Beschäftigtenzahl stieg jedoch bis 1976 auf rund 684 000, was gegenüber den Vergleichsdaten des Jahres 1949 einen Zuwachs um rund zwei Fünftel bedeutet. Der Umsatz der baden-württembergischen Handwerksbetriebe belief sich 1976 auf rund 51,5 Mrd. DM, das sind knapp zwei Fünftel des industriellen Gesamtumsatzes. Gegenüber 1949 hat sich damit der Handwerksumsatz knapp versiebzehnfacht. Von besonderer Bedeutung ist das Handwerk nach wie vor als Ausbildungsstätte für den gewerblichen Nachwuchs, über die Hälfte der gewerblich Auszubildenden erlernt in Handwerksbetrieben ihren Beruf.

Überdurchschnittliche Bauleistung

Eine Hauptstütze der wirtschaftlichen Entwicklung war die rege Bautätigkeit. In den letzten fünfundzwanzig Jahren wurden jährlich fast 85 000 Wohnungen fertiggestellt. Mit dieser überdurchschnittlichen Bauleistung machte Baden-Württemberg seinem sprichwörtlichen Ruf als „Land der Häuslebauer“ alle Ehre: Während sich im Jahr der Staatsgründung noch durchschnittlich 4,1 Einwohner eine Wohnung teilen mußten, entfallen heute rechnerisch nur noch 2,7 Einwohner je Wohnung. Damit steht nunmehr jedem Haushalt eine Wohnung zur Verfügung.

Das Baugewerbe, das im Zuge des Wiederaufbaus bis Mitte der sechziger Jahre eine Phase starken Wachstums erlebte, war allerdings seit 1973 außerordentlich starken strukturellen Anpassungsprozessen ausgesetzt: Als Folge der bundesweit einsetzenden Rezession und der erforderlichen Anpassung der Kapazitäten an den langfristigen Wohnungsbedarf sank die Zahl der Betriebe bis 1976 auf rund 10 000 und die der Beschäftigten auf knapp 190 000.

¹ Für das Jahr 1952 liegen keine Angaben vor.

Tabelle 5
Ausfuhr nach ausgewählten Waren

Jahr	Ausfuhr insgesamt	Ausgewählte Waren								
		Maschinen	Kraft- und Luftfahrzeuge	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechani- sche, optische Erzeugnisse	Uhren	Textilien	Chemische Erzeugnisse	Waren aus NE-Metallen	Eisenwaren
	Mill. DM									
1952	2 285	796	277	204	133	109	227	67	112	71
1955	3 957	1 111	672	421	196	195	344	155	197	114
1958	5 781	1 630	1 173	732	254	201	380	210	239	178
1961	8 478	2 677	1 696	1 038	332	224	500	340	292	255
1964	11 214	3 412	2 184	1 387	445	249	732	488	380	350
1967	15 126	4 379	2 816	2 022	586	323	1 006	836	482	468
1970	22 641	6 741	4 060	3 234	814	425	1 532	1 409	607	735
1973	30 803	8 843	5 366	4 203	1 123	504	2 320	2 097	794	1 034
1976 ¹⁾	41 826	11 333	8 602	5 639	1 415	526	2 671	3 045	949	1 397

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Deutliche Konzentrationstendenzen im Handel

Der Handel, zu dem Groß- und Einzelhandel sowie Handelsvermittlung zählen, ist mit annähernd 500 000 Beschäftigten einer der größten Wirtschaftssektoren in unserem Land. Allerdings ging innerhalb der letzten fünfundzwanzig Jahre durch die verstärkte Übernahme von Verteilerfunktionen durch das Verarbeitende Gewerbe der Anteil des Handels am Bruttoinlandsprodukt von 13% auf 10% zurück.

Die Konzentrationstendenzen im Bereich des Handels lassen sich an der Entwicklung der Zahl der Betriebe und der Beschäftigten verfolgen. Die Zahl der Handelsbetriebe stieg zunächst von rund 84 000 (1950) auf 109 000 (1961), ging jedoch von da ab wieder auf 96 000 (1970) zurück und dürfte sich in den letzten Jahren weiter vermindert haben. Demgegenüber stieg die Zahl der Beschäftigten von 259 000 (1950) über 438 000 (1961) auf 496 000 (1970) beträchtlich, ging jedoch von da ab wieder leicht zurück. Der Trend zum größeren Betrieb war damit für diesen Sektor besonders kennzeichnend, die Durchschnittsgröße der Handelsbetriebe erhöhte sich von drei auf über fünf Beschäftigte.

Wachsende Bedeutung der EG-Handelspartner

Die starke Verflechtung Baden-Württembergs mit den Auslandsmärkten zeigt sich in der stürmischen Entwicklung seiner Ausfuhr, die seit 1952 wertmäßig um das Siebzehnfache anstieg. Mit dem 1976 erreichten Exportvolumen von rund 41,8 Mrd. DM und einem Anteil von einem Sechstel am Export des gesamten Bundesgebiets liegt das Land nach Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle unter den Bundesländern. Unter den Lieferungen ins Ausland dominieren Maschinen und Kraftfahrzeuge, sie stellen zusammen rund die Hälfte der Gesamtausfuhr. Von besonderer Bedeutung für Baden-Württembergs Export sind ferner elektrotechnische sowie feinmechanische und optische Erzeugnisse, Textilien und chemische Produkte.

Engste Handelspartner Baden-Württembergs waren und sind die europäischen Länder. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1958 und ihre Erweiterung auf neun Mitgliedstaaten im Jahr 1973 führte zu einer weiteren Intensivierung des Warenaustausches mit den EG-Ländern. Sie nehmen heute rund zwei Fünftel der Gesamtausfuhr Baden-Württembergs auf. Zurückgegangen seit Gründung des Landes sind hingegen die Exportanteile in die Schweiz, nach Großbritannien und Schweden.

Ferien- und Erholungsland

Baden-Württemberg zählt mit seinen reizvollen Landschaften zu den beliebtesten Ferien- und Erholungslandern der Bundesrepublik. An den für das Bundesgebiet ermittelten Gästeübernachtungen war Baden-Württemberg 1976 zu knapp 18% beteiligt. Es ist damit nach Bayern das zweitbedeutendste Fremdenverkehrsland.

In den letzten fünfundzwanzig Jahren nahm der Fremdenverkehr trotz des sich seit Beginn der siebziger Jahre verstärkenden Trends zu Auslandsreisen eine beachtliche Aufwärtsentwicklung. Von 1952 bis 1976 verdoppelte sich die Zahl der Fremdenankünfte auf 7,9 Mill., die Gästeübernachtungen verdreifachten sich sogar knapp auf 39,8 Mill. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste erhöhte sich als Folge zunehmender Kur- und Urlaubsaufenthalte von 3,7 auf 5,0 Tage.

Besondere Bedeutung für den Fremdenverkehr kommt in Baden-Württemberg den insgesamt fünfzig anerkannten Heilbädern zu, die durch natürliche Heilmittel des Bodens oder Klimas und die dazugehörigen Heileinrichtungen charakterisiert sind. Auf sie entfallen heute knapp zwei Fünftel der Gästeübernachtungen.

Enormes Wachstum des Straßenverkehrs

Das hohe Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum ließ den Bedarf an Verkehrswegen und Verkehrsmitteln stark anschwellen. Im Bereich des Personenverkehrs stagnierten allerdings die Beförderungszahlen der öffentlichen Verkehrsmittel jahrelang. Demgegenüber gewann der Individualverkehr mit Kraftfahrzeugen sehr stark an Bedeutung, sein Anteil an der Personenbeförderung wuchs von 30% auf rund 80% an, da im Rahmen des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs eine zunehmende Motorisierung einsetzte. So versiebenfachte sich der Kraftfahrzeugbestand in den letzten fünfundzwanzig Jahren auf nunmehr 3,5 Mill. Einheiten.

Das enorme Anwachsen des Straßenverkehrs hatte freilich auch negative Begleiterscheinungen, die sich in den Ergebnissen der Unfallstatistik niederschlugen. So vervierfachte sich von 1952 bis 1976 die Zahl der Verkehrsunfälle auf annähernd 209 000. Die Zahl der Verletzten und der Getöteten verdoppelte sich knapp. Insgesamt forderte der Straßenverkehr seit Gründung des Landes über 53 000 Todesopfer.

Schwankende Ergiebigkeit der Steuerquellen

Nach dem ersten gemeinsamen Haushalt der drei ehemals selbstständigen Landesteile für ein vollständiges Rechnungsjahr (1953) betrugen die gesamten Einnahmen des Landes 2,3 Mrd. DM. Im Jahr 1977 werden sich die Einnahmen nach dem Haushaltsplan auf rund 23,8 Mrd. belaufen und sich damit in etwa verzehnfacht haben. Haupteinnahmequelle des Landes sind die Steuern, die 1977 voraussichtlich auf das Zwölfwache gegenüber 1953 angewachsen sein werden. Demgegenüber erhöhten sich die Einnahmen aus Gebühren, Zuweisungen und Zuschüssen und sonstigen laufenden Einnahmen vor allem durch verschiedene Änderungen in der Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern nur um das Siebeneinhalbfache.

Durch die starke Abhängigkeit des Etats von der wirtschaftlichen Entwicklung wechselten in den zurückliegenden Jahren Haushalte mit hohen Steuerzuwachsrate mit solchen, in denen extrem niedrige Steuereingänge zu verzeichnen waren. Damit in ursächlichem Zusammenhang standen die Schuldenaufnahmen, die zum jeweiligen Haushaltsausgleich in unterschiedlicher Höhe, vorwiegend vom Kreditmarkt, in Anspruch genommen werden mußten. In eine finanzwirtschaftlich besonders schwierige Lage geriet das Land gleich im ersten Jahr nach dem Zusammenschluß sowie in den Jahren 1957, 1958 und 1975. Am ungünstigsten war die Finanzsituation 1958, in diesem Jahr mußten 16% aller Einnahmen aus Schuldenaufnahmen finanziert werden, der Anteil der Steuern wies mit 56% das niedrigste Ergebnis im Beobachtungszeitraum auf. Die günstigsten Budgetdaten wurden hingegen im Jahr 1969 verzeichnet, als die Steuereinnahmen mit drei Viertel der gesamten Einnahmen so hoch waren, daß so gut wie keine Schulden aufgenommen werden mußten.

Die Einnahmen der Gemeinden (Gv) entwickelten sich insgesamt in ähnlicher Weise wie die des Landes. Im Zeitraum

von 1953 bis 1977 ergab sich ein Anstieg von 2,2 Mrd. DM auf voraussichtlich 24,0 Mrd. DM. Verschiebungen traten dagegen bei den einzelnen Einnahmearten ein.

Der Anteil der kommunalen Steuern an den Gesamteinnahmen ging trotz der 1969 zugunsten der Gemeinden durchgeführten Finanzreform zurück. Demgegenüber wuchs der Anteil der Gebühren, Entgelte und Strafen auf ein Siebtel an. Eine weitere, quantitativ nahezu gleich starke finanzielle Stütze wie die Steuern sind heute die Zuweisungen und Zuschüsse, die zum weitaus überwiegenden Teil aus Landesmitteln stammen und den Gemeinden (Gv) in Form von Zweckzuweisungen für kommunale Bauvorhaben (zum Beispiel für Schulen, Krankenhäuser, Straßen) oder in Form von laufenden Zuweisungen zum Ausgleich der Haushalte zufließen. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Verlagerung der Aufgabenschwerpunkte der Gemeinden hat der kommunale Finanzausgleich während des letzten Vierteljahrhunderts wachsende Bedeutung erfahren. Die Zuweisungen für laufende Zwecke haben kontinuierlich von Jahr zu Jahr zugenommen und sich seit 1953 mehr als verelfacht, die Investitionszuweisungen betragen heute sogar gut das Vierzigfache der Anfangszeit.

Wie das Land, so können auch die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Haushalte nicht allein aus eigenen Einnahmen finanzieren, sondern müssen fremde Mittel dazu in Anspruch nehmen, wobei die Anteilssätze der Schuldenaufnahmen in den verschiedenen Jahren zwischen 6% (1960 und 1969) und 14% (1955) schwankten.

Öffentliche Ausgaben verzehnfacht

Die Ausgaben von Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden haben heute eine Größenordnung erreicht, die bei der Bildung des Landes nur schwer vorstellbar gewesen sein dürfte. Im Jahr 1953 verausgabte das Land 2,36 Mrd. DM, das ist nur ein Zehntel der Mittel, die im Staatshaushaltsplan für 1977 ausgewiesen sind (23,8 Mrd. DM). Ein noch größeres Wachstum verzeichneten die zusammengefaßten Ausgaben des kommunalen Bereichs. Mit rund 24 Mrd. DM beläuft sich ihr Volumen 1977 voraussichtlich auf das Elffache des im Jahr 1953 verfügbaren Betrages.

Der starke Anstieg der öffentlichen Ausgaben hängt eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung und den daraus erwachsenen sozialen Ansprüchen zusammen. Dabei haben die Forderungen an Staat und Gemeinden (Gv) mehr oder weniger zwangsläufig einen Prozeß der Ausweitung der öffentlichen Aufgaben in Gang gesetzt. Die Aufteilung der öffentlichen Ausgaben nach funktionalen Gesichtspunkten zeigt deutlich, welchen Aufgaben in den vergangenen Jahren gesteigerte Bedeutung beigemessen wurde. So stieg beim Staat der Anteil der Ausgaben für Wissenschaft und Forschung von

Schaubild 6

Anteil ausgewählter Aufgabenbereiche am Haushaltsvolumen des Landes

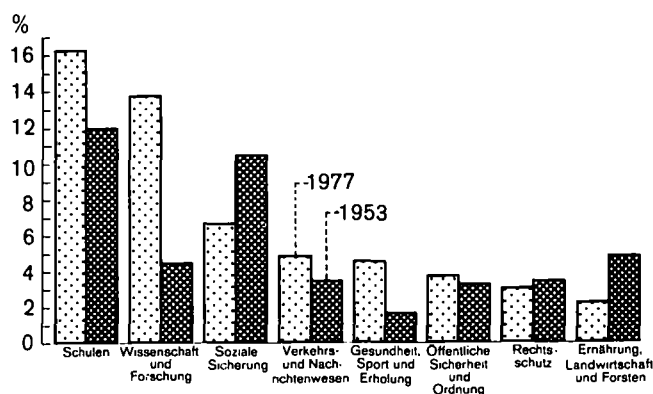


Tabelle 6

Voraussichtliche Entwicklung der Erwerbspersonen und der Arbeitsplätze

Nachweis	Einheit	1975 ¹⁾	1980 ²⁾	1985 ²⁾	1990 ²⁾
Erwerbspersonen insgesamt . . .	1000	4 185	4 360	4 561	4 613
männlich	"	2 545	2 663	2 809	2 869
weiblich	"	1 640	1 697	1 752	1 744
Deutsche Erwerbspersonen . . .	"	3 661	3 865	4 054	4 078
männlich	"	2 205	2 347	2 488	2 537
weiblich	"	1 456	1 518	1 566	1 541
Arbeitsplätze insgesamt	"	4 078	4 295	4 413	4 539
Land- und Forstwirtschaft . . .	"	284	267	225	194
Produzierendes Gewerbe	"	2 181	2 338	2 381	2 421
Dienstleistungen	"	1 612	1 690	1 807	1 924

¹⁾ Ergebnisse des Mikrozensus. – ²⁾ Prognostizierte Werte.

1953 bis 1977 auf rund das Dreifache an. Bei den Ausgaben im Schulbereich hat sich die Quote im selben Zeitraum von 12,0% auf 16,3%, im Bereich Gesundheit, Sport und Erholung von 1,7% auf 4,6% und beim Verkehrs- und Nachrichtenwesen von 3,5% auf 4,9% erhöht. Auf der kommunalen Ebene lagen die Schwerpunkte bei der Gesundheitspflege und der sozialen Sicherung. Sehr deutlich läßt sich auch die verstärkte Aktivität auf dem Gebiet des Schulhausbaus in den sechziger Jahren feststellen.

Personalbestand verdoppelt

Im Gründungsjahr 1952 wurden die damaligen Aufgaben mit rund 98 000 Landesbediensteten durchgeführt, während 1976 für die inzwischen stark ausgeweiteten Aufgaben über 210 000 Vollbeschäftigte benötigt wurden. Das bedeutet mehr als eine Verdoppelung des früheren Personalbestandes. Wachstumsantriebe gingen vor allem vom Bildungswesen aus, dessen Personal sich verdreifachte. Beträchtliche Personalausweitungen haben jedoch auch die Bereiche *Innere Sicherheit, Rechtsschutz* und *Finanzen* erfahren.

Der Personalzuwachs auf kommunaler Ebene war nur etwa halb so stark wie beim Land. Die Zahl der Vollbeschäftigten erhöhte sich von 86 000 auf rund 141 000 Personen. Der Personalzuwachs kam überwiegend den Dienstleistungsbereichen für die Versorgung und Entsorgung der Bevölkerung zugute. Vor allem im Sozial- und Gesundheitswesen trat durch Kapazitätserweiterungen in den Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, durch Schaffung von Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen ein großer Personalbedarf auf.

Die seit einigen Jahren im staatlichen Bereich angestrebte Drosselung der Personalausweitung, die neuerdings auch im kommunalen Bereich praktiziert wird, hat nunmehr dazu geführt, daß die lehrenden und pflegenden Aufgabengebiete Wachstumsimpulse auf sich vereinigen, die verwaltenden dagegen stagnieren und sogar rückläufige Tendenzen aufweisen.

Perspektiven der künftigen Entwicklung

Während bislang die Hauptentwicklungslinien des Landes seit seiner Gründung aufgezeigt wurden, soll nunmehr auf der Grundlage der neuesten Langfristprognose des Statistischen Landesamtes der Blick auf die künftigen Entwicklungsperspektiven gerichtet werden.

Nachdem die Bevölkerung des Landes in den letzten fünf- und zwanzig Jahren erheblich zugenommen hatte, ist nunmehr eine längere Phase der Bevölkerungsstagnation zu erwarten. Unter der Annahme eines ausgeglichenen Wanderungssaldos der Gesamtbevölkerung und einer Fortdauer der wichtigsten demographischen Tendenzen ist für das Jahr 1990 mit einer Gesamtbevölkerung von 9,17 Mill. Einwohnern zu rechnen. Gegenüber dem Stand Ende 1976 bedeutet das nur einen Zuwachs um 60 000 Personen. Für die deutsche Bevölkerung ist sogar mit einem Rückgang gegenüber 1976 um 160 000 Personen auf 8,14 Mill. Einwohner auszugehen.

Trotz dieses Übergangs zur längerfristigen Bevölkerungsstagnation wird die Zahl der Haushalte weiterhin zunehmen. Bedingt durch die zahlenmäßig starken Geburtsjahrgänge der sechziger Jahre, die in den nächsten Jahren einen eigenen Haushalt gründen werden, ist bis zum Jahr 1990 eine um rund 370 000 (+ 11%) gestiegene Zahl an Haushalten zu erwarten.

Ebenfalls aufgrund der Besonderheiten der heutigen Altersstruktur ist davon auszugehen, daß bis zum Ende der achtziger Jahre eine hohe Zunahme an Erwerbspersonen zu verzeichnen ist. Da die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre nach und nach ins Erwerbsleben streben, ist unter anderem ein erhöhter Bedarf an Lehr- und Ausbildungsstellen vorhersehbar. Für das Jahr 1990 ist mit einem Arbeitskräfteangebot von 4,61 Mill. Personen zu rechnen (1975: 4,19 Mill.), ein Ergebnis, das im Zusammenhang mit der voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsplatzangebots zu sehen ist.

Nach der in diesem Punkt durch vielfältige Unsicherheiten gekennzeichnete Prognose würde sich 1990 das Angebot an Arbeitsplätzen auf 4,54 Mill. beziffern und damit um rund 70 000 Personen unter dem Erwerbspersonenangebot liegen. Im Jahr 1985 wäre das Defizit an Arbeitsplätzen allerdings etwa doppelt so hoch. Diese Resultate machen deutlich, daß eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben der kommenden Jahre darin bestehen wird, den Arbeitsmarktungleichgewichten entgegenzuwirken.

Für das künftige gesamtwirtschaftliche Wachstum geht die Prognose davon aus, daß die Zuwachsraten im Vergleich zu den fünfziger und sechziger Jahren gemäßigt ausfallen. Unter Fortschreibung des in der Vergangenheit zu beobachtenden phasenweisen Rückgangs der jährlichen Zuwachsraten wird eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (in Preisen des Jahres 1962) bis 1985 um jährlich 3,0% und zwischen 1985 und 1990 um 2,8% erwartet. Trotz der Abschwächung der Zuwachsraten wird das Bruttoinlandsprodukt der absoluten Höhe nach bis 1990 um rund 50 Mrd. DM zunehmen und dann real (in Preisen von 1962) 138 Mrd. DM betragen.

Dr. Gerhard Kah
und andere Autoren